



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

22. Jg. Nr. 6
Dezember 2016

Editorial

Postfaktische Politik

Postfaktische Politik – da zündeln einige, und das sehr bewusst, an den Grundfesten unserer Demokratie. Es gibt kein verantwortungsvolles politisches Agieren ohne Faktentreue, Sachwissen, Fachkompetenz.

Postfaktische Politik – das ist eine radikal andere Vorstellung als die der katholischen Soziallehre, die nach Sehen, Urteilen und Handeln vorgeht und Sozialprinzipien anwendet wie Personalität, Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl, Nachhaltigkeit.

Postfaktische Politik – ist Scharlatanerie, Lüge, Verzerrung und Irreführung; sie zeigt den Menschen ihr dreckiges Grinsen wie am Morgen nach dem Brexit-Votum.

Postfaktische Politik – ist ein lächerlicher Gedanke, wer ihm folgt, möge sein Auto in eine Werkstatt bringen, die postfaktisch arbeitet, oder zu einem postfaktischen Zahnarzt gehen oder eine postfaktische Fluggesellschaft buchen.

Postfaktische Politik bekämpft man nicht durch Kopie der Populisten. Sie ist eine Herausforderung für alle Demokraten, nicht nur für die politisch Verantwortlichen, sondern für uns alle. Wir alle müssen den üblen Vereinfachern widerstehen, in Wort und Tat, im Kleinen wie im Großen, am Stammtisch wie in Demos, in Debatten wie in Leserbriefen.

Keine besonders friedliche Botschaft ist das, erst recht nicht im Advent. Möge es eine streitbare Zeit werden!

Stefan Vesper

Inhalt

Neue Schuldenkrisen drohen _____ 2

Und noch immer gibt es kein Verfahren zur Lösung dieser Krisen

[Mara Liebal](#)

Eine synodale Kirche werden? _____ 4

Mit Papst Franziskus die Kirche neu sehen

[Dorothea Sattler](#)

Judentum ist nur mit Israel zu begreifen _____ 6

ZdK festigt Kontakte zu jüdischen und christlichen Partnern

[Dagmar Mensink, Nathalie Pieper](#)

Gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit _____ 8

Eine Aktion des BDKJ

[Lisi Maier](#)

Zum Engagement der Dresdnerinnen und Dresdner für Flüchtlinge _____ 10

Bestandsaufnahme in einer Stadt voller Herausforderungen

[Michaela Schoffer](#)

Leben retten! _____ 12

Eine Mitmachaktion für Kinder und Jugendliche zum Thema Flucht

[Markus Offner](#)

2 Staateninsolvenz G20

Neue Schuldenkrisen drohen

Und noch immer gibt es kein Verfahren zur Lösung dieser Krisen

Fast zwanzig Jahre ist es nun her, dass 35.000 Aktivistinnen und Aktivisten sich in Köln versammelten und eine kilometerlange Menschenkette rund um den Kölner Dom formten. Ihr Anliegen: ein Erlass für die Schulden der ärmsten hoch verschuldeten Länder der Welt. 27 Millionen Menschen hatten weltweit die Petition unterzeichnet. In Deutschland wurde die Kampagne maßgeblich von der evangelischen und katholischen Kirche, darunter auch vielen Mitgliedern des ZdK, getragen.

Am 17. Juni 1999 beschlossen die G8, eine Gruppe acht führender Industrienationen, die Ausweitung der Initiative für hoch verschuldete arme Länder (heavily indebted poor countries initiative, kurz: HIPC-Initiative). Konkret bedeutete das, dass – bislang – 36 Länder in Afrika, Lateinamerika und Asien einen umfassenden Erlass ihrer Auslandsschulden erhielten. Die freigewordenen Mittel flossen in die Armutsbekämpfung. Schulgebühren wurden abgeschafft und Investitionen in eine umfassende Gesundheitsversorgung getätigt. Viele Länder erhielten so die Chance auf einen Neuanfang: In Ghana wurden die Ausgaben für die Armutsbekämpfung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 2002 bis 2011 mehr als verdoppelt. Während Mitte der neunziger Jahre in Ghana noch über die Hälfte der Menschen in Armut lebten, sind es heute nur noch 28,5 Prozent.

Einmaliger Erlass keine Lösung für ein strukturelles Problem

Der Internationale Währungsfonds erklärte 1999 stolz, die HIPC-Initiative mache es den entschuldeten Ländern möglich, "sich für alle Zeiten aus dem Umschuldungsprozess zu verabschieden". Doch diese Annahme ist leider falsch, denn aktuell lässt sich beobachten, dass viele Länder – darunter auch Ghana – erneut auf dem Weg in eine Schuldenkrise sind. Die HIPC-Initiative löste nur das Schuldenproblem einer begrenzten Anzahl von Ländern zu einem bestimmten Zeitpunkt. Ein einmaliger Erlass kann kein

strukturelles Problem lösen. In unserem auf Kreditvergabe beruhenden Wirtschaftssystem besteht immer die Gefahr, dass ein Staat nicht in der Lage ist, seine Schulden zurückzuzahlen.

Erklärtes Ziel der HIPC-Initiative war es damals, die Länder wieder kreditfähig zu machen, und genau das ist in den meisten Ländern auch geglückt. Seit 2006 lässt sich beobachten, wie viele Länder, die kurz zuvor noch zu den ärmsten Entwicklungshilfeempfängern gehörten, plötzlich in großem Stil Anleihen am internationalen Kapitalmarkt platzieren. Diese Anleihen sind zum Teil mehrfach überzeichnet, das heißt, es gibt viele Gläubiger, die ihr Geld diesen Ländern leihen wollen. Durch die geringen Zinsen im Globalen Norden bietet die Investition in Anleihen ärmerer Länder, vor allem in Subsahara-Afrika, momentan die seltene Möglichkeit, hohe Renditen zu erzielen.

Kreditaufnahme an sich ist erst einmal nichts Schlechtes oder Gefährliches. Doch die Gefahr besteht, dass ein Staat nicht in der Lage ist, die aus den Krediten resultierenden Schulden zurückzuzahlen. Das kann an einer korrupten oder intransparenten Verwendung der Mittel liegen, aber auch externe Gründe haben, auf die die Regierung eines Landes keinen Einfluss hat. Für Staaten mit einer gering diversifizierten Volkswirtschaft können zum Beispiel fallende Rohstoffpreise in eine Krise führen. Das ist aktuell in Sambia auf Grund des fallenden Kupferpreises der Fall.

108 Länder kritisch verschuldet

Der Schuldenreport 2016, eine jährliche Publikation des deutschen Entschuldungsbündnisses erlassjahr.de und des bischöflichen Hilfswerkes MISEREOR, zeigt, dass aktuell 108 Entwicklungs- und Schwellenländer mindestens einen Schuldenindikator im kritischen Bereich aufweisen. Im Vorjahr waren es noch 83.

Der Trend zeigt: Während sich die Situation in 46 Ländern tendenziell verbessert hat, steigt die Schuldenlast in 62 Ländern an. Besonders stark überschuldungsgefährdet sind die unter der HIPC-Initiative entschuldeten Staaten und kleine Inselentwicklungsstaaten. Hinzu kommt, dass sich die Gläubigerstruktur der Schuldnerländer verändert hat. Während 1975 noch fast die Hälfte aller Schulden

Staateninsolvenz

G20

bei Regierungen reicher Länder bestand, ist dieser Anteil 2012 auf deutlich unter ein Viertel gesunken. Hingegen machen heute Anleihen mit 42 Prozent den größten Anteil aus, im Vergleich zu lediglich drei Prozent im Jahre 1975.

Muss ein Land nun über seine Schulden verhandeln, gibt es kein Verfahren, in dem alle Schulden auf einmal verhandelt werden können. Von einer unparteiischen Begutachtung und Entscheidungsfindung ganz zu schweigen. Ein Staat kann zwar versuchen, mit seinen Gläubigern zu verhandeln, aber aufgrund des Machtungleichgewichts zwischen Schuldner und Gläubiger war das in der Vergangenheit selten erfolgreich. Um seine Schulden dann doch zu bezahlen, muss eine Regierung entweder Sozialausgaben kürzen – worunter vor allem die Ärmsten in der Bevölkerung leiden – oder er muss neue Kredite aufnehmen, um alte Schulden zu bezahlen.

Ein Insolvenzverfahren für Staaten

Ein Insolvenzverfahren, wie Privatpersonen und Unternehmen es in einem Rechtsstaat in Anspruch nehmen können, gibt es für überschuldete Staaten nicht. Doch warum eigentlich nicht? Das haben sich auch die Entwicklungs- und Schwellenländer in den Vereinten Nationen gefragt. Um nicht länger der Willkür der reichen Gläubigerländer ausgeliefert zu sein, forderten sie 2014 die Erarbeitung von Krisenmechanismen in den Vereinten Nationen. Doch die reichen Länder haben diesen Prozess systematisch boykottiert. Die USA und die EU-Länder blieben allen Verhandlungen fern. Am Ende des Zeitraums von einem Jahr, der für die Erarbeitung eines Verfahrens zum Umgang mit Schuldenkrisen vorgesehen war, standen daher nur neun Prinzipien. Mit diesen schafft die Internationale Gemeinschaft erstmalig eine formelle Grundlage, Schuldenkrisen in Zukunft fair und effizient zu lösen. Hinter dem ursprünglich geforderten Rahmenwerk für Staateninsolvenz bleiben sie aber weit zurück.

Die reichen Länder rechtfertigten ihre Haltung damit, dass sie laufende Prozesse innerhalb des IWF nicht stören wollte, obwohl IWF-Chefin Christine Lagarde während der Frühjahrstagung 2015 in Washington ausschloss, dass der Fonds an einem solchen Verfahren arbeite. Verständlicher wird dies, wenn man sich vor Augen hält, wer in welchem Forum das Sagen hat: Während der IWF wie eine Aktien-

gesellschaft funktioniert, dort also die Länder das Sagen haben, die das meiste Geld zur Verfügung stellen, hat in den Vereinten Nationen jedes Land genau eine Stimme.

G20-Gipfel in Deutschland: eine Chance für ein Entschuldungsverfahren

Im Juli 2017 treffen sich die Staats- und Regierungschefs/innen der G20 in Deutschland, um über die Weltwirtschaft und globale Finanzstabilität zu diskutieren. Die Gruppe der 20 ist ein internationales Forum für die Regierungen und Zentralbankgouverneure der zwanzig größten Volkswirtschaften der Welt. Die Entscheidungen, die die G20 miteinander treffen, beeinflussen auch Menschen, deren Heimatländer keine Mitglieder der G20 sind. Mit der aktuellen Kampagne "Debt20: Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt!" möchte erlassjahr.de daher Menschen Gehör verschaffen, die in kritisch verschuldeten Ländern leben. Denn gerade sie haben etwas zu Auswirkungen, Hintergründen und Lösungen von Schuldenkrisen zu sagen.

Die Kampagne fordert von den G20, dass sie die Gefahr der drohenden Schuldenkrisen im Globalen Süden anerkennen und ein Verfahren zur Lösung dieser Krisen ermöglichen. Das erste Ziel der Kampagne ist bereits erreicht: Schulden sind Teil der Agenda. Doch damit die G20 bei ihrem Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg tatsächlich nachhaltige Reformen verabschieden, gibt es noch viel zu tun. erlassjahr.de plant daher rund um den Gipfel in Hamburg und das Treffen der Finanzminister/innen am 17. und 18. März 2017 in Baden-Baden öffentliche Aktionen, einen Fachkongress mit den Vertretern/innen der Debt20 sowie einen großen ökumenischen Gottesdienst.

Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, unterstützt bereits die Kampagne zusammen mit dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm. Beide rufen dazu auf, gemeinsam zu zeigen, dass wir aus den Krisen der Vergangenheit gelernt haben und deswegen nicht dazu verurteilt sind, sie zu wiederholen.

| Mara Liebal

PR-Referentin bei "erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung"

4 Synodalität Laien

Eine synodale Kirche werden?

Mit Papst Franziskus die Kirche neu sehen

"Eine synodale Kirche ist eine Kirche des Zuhörens" – so lautet ein Gedanke, den Papst Franziskus anlässlich der 50-Jahr-Feier der Errichtung der Bischofssynode im Oktober 2015 formuliert hat (Die Berufung und Sendung der Familie in Kirche und Welt von heute. Arbeitshilfe 276 der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2015, 27). Er prägte dabei einen neuen Begriff und sprach ausdrücklich von der zu formenden "synodalen Kirche". Viele denken heute darüber nach, was genau er mit dieser Rede meinen könnte. Die Rückbindung, die Franziskus bei seiner Initiative für möglich erachtet, kann stärker nicht sein: Nach seiner Einschätzung erwartet Gott selbst von der Kirche im 3. Jahrtausend, dass sie den Weg der Synodalität wählt (vgl. ebd., 25).

Zwischen dem Wesen von "Synodalität" im Sinne der Bestimmung einer geistlichen Haltung auf der einen Seite und den spezifischen Formen eines Ereignisses – einer Synode beispielsweise auf diözesaner oder nationaler Ebene – gilt es zu unterscheiden:

Synodalität meint begrifflich: einen Weg gemeinsam gehen. Als getaufte und geistbegabte Menschen gehen Christinnen und Christen gemeinsam auf einem Weg von der Zeit in die Ewigkeit. Christenmenschen leben eine Existenz auf dem Weg – wandernd immerzu wie Jesus in seiner Zeit in Galiläa und Judäa, gemeinsam miteinander unterwegs als Volk Gottes, begleitet dabei vom lebendigen Heiligen Geist. In diesem viatorischen Dasein des Menschen (via lateinisch für "Weg") ist es eine angemessene geistliche Grundhaltung, sich in den eigenen Lebensprozessen von anderen Menschen trösten, aufrichten, beraten und zur Umkehr rufen zu lassen.

Synoden hingegen sind vereinbarte Gesprächsformen. In ihnen werden kirchliche Handlungsweisen und Verantwortlichkeiten besprochen. Bei diözesanen und nationalen Synoden sind kirchenrechtlich vorgegebene Bestimmungen zu beachten. Gesprächsprozesse, Foren und andere Formen des Dia-

logs können sich eine offenerere und freier zu gestaltende Geschäftsordnung geben.

Erfahrungen bei synodalen Prozessen

Das 2. Vatikanische Konzil setzte sich für eine Stärkung der synodalen Beratungen in der Kirche ein: "Diese Heilige Ökumenische Synode wünscht, dass die ehrwürdigen Einrichtungen der Synoden und Konzilien mit neuer Kraft aufblühen; dadurch soll besser und wirksamer für das Wachstum des Glaubens und die Erhaltung der Disziplin in den verschiedenen Kirchen, entsprechend den Gegebenheiten der Zeit, gesorgt werden" (2. Vatikanisches Konzil, Dekret über die Hirtenaufgabe der Bischöfe in der Kirche, "Christus Dominus", Nr. 36).

Bei den Reflexionen über die synodalen Beratungen nach dem 2. Vatikanischen Konzil sind von kirchlich engagierten Christinnen und Christen neben Aspekten der Zustimmung auch Problemanzeigen formuliert worden. Formale und inhaltliche Aspekte lassen sich dabei zwar unterscheiden, jedoch letztlich nicht voneinander trennen.

Im Blick auf die Gestalt synodaler Beratungen stellen sich folgende kritische Fragen: Welche Möglichkeiten zu einer entscheidungsrelevanten Partizipation von Laien gibt es bei der Initiierung, der Vorbereitung, der Durchführung und der Ergebnissicherung synodaler Prozesse? Wer entscheidet im Hinblick auf die Auswahl der Personen, die als Synodale berufen werden? Sind ergebnisoffene Kommunikationsprozesse vorgesehen? Gibt es eine von den kirchenamtlich Verantwortlichen unabhängige Prozessbeobachtung? Sind transparente Regularien zur Begleitung von Konflikten vereinbart? Wer verantwortet die öffentliche, medial zugängliche Präsentation des synodalen Prozesses? Welcher Umgang mit nach den Beratungen noch verbleibenden Kontroversen ist vorgesehen? Werden verbindliche Vereinbarungen zur Fortsetzung der Gespräche getroffen?

Zu den Themen, die viele der kirchlich engagierten Menschen heute ergebnisoffen unter synodalen Rahmenbedingungen besprechen möchten, gehören vor allem: (1) der Zuschnitt der pastoralen Räume in Achtung der Ämter von ordinierten und nicht-ordinierten getauften Christin-

Synodalität

Laien

nen und Christen;
(2) die Diskrepanz zwischen der römisch-katholischen Lehre und der gelebten Praxis im Blick auf das Beziehungsleben der Menschen mit seinen biographisch bedingten Wandlungen;
(3) Wege, die bei der Suche nach Gott unter missionarischer Perspektive hilfreich sind;
(4) neue Formen der Liturgie, die einladend auf Menschen wirken;
(5) die diakonische Dimension kirchlicher Existenz;
(6) Fragen der christlichen Ökumene und des interreligiösen Dialogs;
(7) die sozial-politische und ökologische Verantwortung der christlichen Gemeinden.

Der Beschluss des ZdK über "Synodalität" im November 2016

Das ZdK ist seit seiner Gründung im 19. Jahrhundert eine Institution, die große Erwartungen mit synodalen Prozessen in der römisch-katholischen Kirche verbindet. Der jüngste Beschluss zur Sache steht in einer langen Tradition, die durch ein hohes Zutrauen zur Bedeutung der Stimmen der Laien in gesellschaftlichen und religiösen Themenbereichen geprägt ist. Die Katholikentage verstehen sich als ein Ort des kritischen Dialogs. An der Würzburger Synode (1971-75), ihren Beratungen und Beschlüssen, hat das ZdK intensiv mitgewirkt. Die "Gemeinsame Konferenz" zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem ZdK wurde im Anschluss an die Würzburger Synode begründet, um einen stetigen Ort des Austauschs über Themen zu gestalten, bei denen Laien wie Bischöfe Kenntnisse, Erfahrungen und Anliegen haben. Immer wieder hat das ZdK die Bedeutung der authentischen und offenen Gesprächskultur in der römisch-katholischen Kirche angemahnt – beispielsweise auch in dem Dokument "Dialog statt Dialogverweigerung" zu Beginn der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts.

Der Beschluss vom 19. November 2016, der vom Ständigen Arbeitskreis im Sachbereich "Pastorale Grundfragen" des ZdK vorbereitet wurde, trägt den Titel "Synodalität. Strukturprinzip kirchlichen Handelns". Er hat drei Teile, die sich an der bewährten Unterscheidung von Sehen – Urteilen – Handeln orientieren:

Teil 1 beschreibt die Aktualität der Thematik. Sehen auf die Wirklichkeit meint: Eine Erinnerung an die vielen synodalen Prozesse nach dem 2. Vatikanischen Konzil geschieht. Bei der Wahrnehmung darf nicht aus dem Blick geraten, dass viele Menschen in der politischen Öffentlichkeit Formen der Teilhabe an Entscheidungsfindungsprozessen einüben. Teil 2 versucht eine knappe theologische Grundlegung. Eine schöpfungstheologische Begründung der Partizipation des Menschen an der Verantwortung Gottes für das irdische Leben wird gegeben. Tauftheologische Aspekte werden erinnert. Eine kurze Auskunft über die wechselvolle Geschichte des Synodalwesens geschieht – auch unter ökumenischer Perspektive. Bedeutsam ist der Hinweis auf den "sensus fidelium" – auf den unfehlbaren Glaubenssinn der Gläubigen im Sinne des 2. Vatikanischen Konzils. Dieser Glaubenssinn bezieht sich nicht nur auf gesellschaftspolitische oder wirtschaftspolitische Themenbereiche – auch bei Fragen der Pastoral sind alle Getauften von den Bischöfen zumindest anzuhören.

Teil 3 ist als eine Selbstpositionierung des ZdK im Hinblick auf die weiteren Gespräche beispielsweise mit Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz zu verstehen. Auch intern im ZdK ist im Hinblick auf Synodalität noch manches zu besprechen – in aller Offenheit. Handeln ist angesagt. Voten werden formuliert – darunter die stärkere Partizipation des gesamten (betroffenen) Gottesvolks an der Wahl eines Ortsbischofs oder die Forderung nach einem Gremium, in dem Vertreter der Bischofskonferenz und gewählte Delegierte aus dem ZdK gemeinsam verantwortlich Vorgänge planen, gestalten und reflektieren.

Fazit

Das ZdK hat eine Standortbestimmung in der Thematik "Synodale Kirche" vorgenommen. Ausgehend von diesem Standort sind nach der Beschlussfassung Gespräche mit allen Verantwortlichen für das kirchliche Handeln im Pastoralraum Deutschland zu führen.

| Prof. Dr. Dorothea Sattler

| Sprecherin des Sachbereichs 1 "Pastorale Grundfragen" des ZdK

6 Judentum und Christentum Kommunikation

Judentum ist nur mit Israel zu begreifen

ZdK festigt Kontakte zu jüdischen und christlichen Partnern

Eine Delegation des Gesprächskreises "Juden und Christen" beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und des Präsidiums des ZdK besuchte Anfang November gemeinsam Jerusalem. Die fünftägige, vom Auswärtigen Amt geförderte Reise bot die Gelegenheit, die gegenwärtige Rolle von Religion und das Verhältnis von Religion und Politik in Israel aus verschiedenen Blickwinkeln zu erfahren sowie die Kontakte zu jüdischen und christlichen Partnern zu festigen. An der Reise nahmen jüdische und katholische Mitglieder des Gesprächskreises "Juden und Christen" beim ZdK sowie seitens des Präsidiums Präsident Prof. Dr. Thomas Sternberg, Vizepräsidentin Dr. Claudia Lücking-Michel, Vizepräsident Alois Wolf und Generalsekretär Dr. Stefan Vesper teil.

Am Anfang des umfangreichen Reiseprogramms stand die Erkundung der aktuellen Stadtentwicklung von Jerusalem mit dem langjährigen Nahostkorrespondenten Ulrich Sahn. Die deutschsprachigen IsraelkorrespondentInnen Gisela Dachs, Dr. Gil Yaron und Torsten Teichmann erläuterten in einem Gespräch im Anschluss, dass die Bedeutung von Religion(en) im israelischen Alltagsleben und in der Politik in den letzten Jahren noch einmal zugenommen habe. Bei der Begegnung mit unserer rund 20-köpfigen Delegation in der Deutschen Botschaft in Tel Aviv unterstrich Botschafter Dr. Clemens von Goetze, wie gut die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland sind. Dies schlage sich in intensiven Handelsbeziehungen, kulturellen Begegnungen und einem regen Wissenschaftsaustausch nieder.

Die Vielfalt des Judentums in Israel

Durch zahlreiche Begegnungen mit jüdischen GesprächspartnerInnen, die in der Wissenschaft und in der Praxis des interreligiösen Dialogs engagiert sind, konnten wir unsere Kontakte im Land intensivieren und neue Gesprächsfäden für unsere Arbeit knüpfen. Dabei zeigte sich wieder einmal eindrücklich, wie vielfältig Judentum in Israel gelebt wird. Dass dabei auch gestritten wird, wer welche Autorität hat, unterstrich Rabbi Daniel Frelander, der uns in das Zent-

rum der Weltunion für das Progressive Judentum in Israel eingeladen hatte. Praktisch deutlich wurde das am Beispiel der israelischen Frauenrechtsorganisation "Women of the Wall", die seit fast 30 Jahren dafür kämpft, dass Frauen an der Westmauer beten, öffentlich aus der Tora lesen und Tallit tragen dürfen.

Die Unterscheidung von "orthodox-reform-liberal", mit der wir in Deutschland gewöhnlich arbeiten, reicht zum Begreifen der jüdischen Wirklichkeit in Israel (und weltweit) längst nicht mehr aus. Zudem ist Religion in Israel nicht zu verstehen, ohne die komplexe Situation im Land wahrzunehmen. Sensibilität für die Vielfalt und für unterschiedliche Kontexte des Jüdischen wird künftig auch für uns noch wichtiger werden. Denn auch in Deutschland wird das Judentum deutlich pluraler.

Gelebte christliche Ökumene in Jerusalem

Wir haben uns gefreut, bei dieser Reise auch zu erfahren, wie gut die ökumenischen Beziehungen zwischen den christlichen Kirchen in Jerusalem inzwischen gelebt werden. Beim Besuch im Lateinischen Patriarchat von Jerusalem berichtete Weihbischof William Shomali, dass man sich über Unterschiede hinweg mit Respekt begegnen kann. Nur so sei es beispielsweise möglich, dass die Grabeskirche – über Jahrhunderte Anlass des Streits zwischen den Konfessionen – heute in Absprache miteinander renoviert werden könne.

Studienprogramme als Chance

Ein weiterer Schwerpunkt der Reise war die Begegnung mit den Theologie-Studierenden der beiden deutschsprachigen Programme in Jerusalem, mit dem "Theologischen Studienjahr Jerusalem" in der Dormitio-Abtei und mit "Studium in Israel" an der Hebräischen Universität. Beiden Studienprogrammen gelingt es in eindrücklicher Weise, junge Leute für die Fragen des christlich-jüdischen Verhältnisses zu begeistern. Die jungen Theologinnen und Theologen, die sich ein Jahr lang mit den komplexen Fragen des interreligiösen Dialogs und mit den historischen, theologischen und politischen Dimensionen des jüdisch-christlichen und des deutsch-israelischen Verhältnisses vertraut machen, sind wichtige BotschafterInnen eines christlichen Glaubens, der sich seiner Wurzel im Judentum und seiner bleibenden Beziehung zu ihm bewusst ist.

Judentum und Christentum Kommunikation

Yad Vashem – Denkmal und Name

Die meisten aus der Gruppe kennen die Gedenkstätte und ihre Geschichte gut. Gleichwohl waren der gemeinsame Besuch des Museums der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte und der sich daran anschließende Gedenkakt in der Halle der Erinnerung ein Höhepunkt der Reise. Jana Marcus, Ehefrau des ehemaligen Gesprächskreismitglieds Rabbiner Marcel Marcus, hat uns geführt. Indem sie die Ausstellung mit ihrer eigenen Familiengeschichte verband und auf Exponate hinwies, die aus ihrer Familie stammen, wurde der Gang durch Yad Vashem zu einer gemeinsamen Vergegenwärtigung der staatlich organisierten millionenfachen Ermordung von Juden und Jüdinnen in Europa. Nach dieser so eindringlichen Erinnerung an deutsche Täterschaft und jüdische Verfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus spürten alle in der Delegation, wie wenig selbstverständlich es noch immer ist, dass wir anschließend gemeinsam in der Halle der Erinnerung stehen und der Opfer gedenken. Die kurze Zeremonie wird stets aus Respekt vor dem Ort auf Englisch durchgeführt. Präsident Sternberg ließ die Flamme der Erinnerung aufflammen, dem folgte ein kurzer, von Jana Marcus gelesener Text. Rabbiner Edward van Voolen, Dagmar Mensink und Präsident Sternberg legten dann einen Kranz auf die Marmorplatte, die die Asche von Ermordeten aus verschiedenen Lagern bedeckt. Im Anschluss sprach Rabbiner Edward van Voolen das jüdische Totengebet. Das gemeinsame Gedenken, Trauern und Beten an diesem besonderen Ort war ein zutiefst berührender Akt, der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Reise hinaus verbinden wird.

Jerusalem ist die Heilige Stadt von drei Religionen

In nahezu allen in Israel geführten Gesprächen war die Gretchenfrage: "Wie haltet Ihr's mit den Resolutionen?" Gemeint waren die kurz vor der Reise veröffentlichten beiden UNESCO-Resolutionen zum Tempelberg. Diese sprechen von ihm ausschließlich als muslimischer heiliger Stätte ("Haram-al-Sharif"). Die Tatsache, dass dort einst der jüdische Tempel stand, in dem auch Jesus gebetet hat, wird dadurch explizit ausgeblendet, ja verneint. Das ZdK-Präsidium und der Gesprächskreis distanzieren sich von dieser Einseitigkeit in aller Deutlichkeit. "Jerusalem ist eine heilige Stadt von drei Religionen. Dies zu verschweigen, ist eine

absurde Geschichtsverfälschung. Bis heute ist die Westmauer des Tempelplatzes die heiligste Stätte des Judentums", erklärte Präsident Thomas Sternberg in der öffentlichen Stellungnahme des ZdK zum Abschluss der Reise.

Die gemeinsamen Erfahrungen dieser Tage in Jerusalem haben wieder einmal bewusst gemacht: Judentum ist ohne das Land Israel nicht zu begreifen. Was das heißt, wird uns auch beim 101. Deutschen Katholikentag in Münster 2018 beschäftigen, der unter dem Leitwort "Suche Frieden" stehen wird.

Dagmar Mensink

Vorsitzende des Gesprächskreises "Juden und Christen" beim ZdK

Nathalie Pieper

Geschäftsführerin des Gesprächskreises "Juden und Christen" beim ZdK

Als Organ des Dialogs von Juden und Christen ist der seit über 45 Jahren beim ZdK bestehende Gesprächskreis das einzige Gremium in Europa, in dem Juden und Katholiken so kontinuierlich gemeinsam arbeiten. Der 1971 gegründete Gesprächskreis befasst sich mit theologischen Fragen, die das christlich-jüdische Verhältnis betreffen, sowie mit ethischen und gesellschaftspolitischen Themen aus beiden Perspektiven. Seine Veröffentlichungen finden in Kirche und Öffentlichkeit im In- und Ausland weithin Beachtung. 2015 wurden der Vorsitzende des Gremiums, Prof. Dr. Hanspeter Heinz, und der Gesprächskreis für ihre Verdienste mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet. Professor Heinz, der den Vorsitz des Gesprächskreises seit 1974 inne hatte, übergab im Juli 2016 die Leitung an die Theologin Dagmar Mensink, Mitglied des ZdK (Frankfurt) und Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama, Direktor der Stiftung Topographie des Terrors (Berlin). Damit wird der Kreis künftig durch eine jüdische und eine katholische Doppelspitze vertreten.

8 Flüchtlinge Integration

Gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Eine Aktion des BDKJ

"Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land", so lautet der Titel der Aktion des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und seiner Diözesan- und Mitgliedsverbände zur Bundestagswahl 2017. Hinter dem Titel versteckt sich das, was sich der Großteil der jungen Menschen für die Zukunft wünscht: das Leben in einer vielfältigen, solidarischen, offenen und pluralistischen Gesellschaft. Der BDKJ und seine Mitglieds- und Diözesanverbände werden im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 "vier gute Jahre sammeln", das heißt sie werden mindestens 35.000 Stunden Einsatz für die Integration junger Geflüchteter und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zeigen, damit dieser Wunsch in der Gesellschaft und bei den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern Wiederhall findet.

65 Millionen Menschen sind laut dem Bericht des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) derzeit weltweit auf der Flucht. So viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Sie verlassen ihre Heimat und fliehen vor Krieg und Gewalt, vor ethnischen Auseinandersetzungen und Armut, vor Hoffnungslosigkeit und Zukunftsangst. Die meisten Flüchtlinge bleiben im eigenen Land oder zumindest in der Nähe ihres Heimatlandes. Nur wenige nehmen den gefährlichen Weg auf sich, um auf einen anderen Kontinent – beispielsweise von Afrika nach Europa – zu gelangen. Menschen sind auf der Flucht vielen Gefahren ausgesetzt und ihnen ist häufig großes Leid widerfahren. Doch auch im Ankunftsland sind sie vor Demütigungen, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit nicht sicher.

Ausbruch von antidemokratischen Verhalten

Die Debatte um den Umgang mit geflüchteten Menschen hat Deutschland in dem vergangenen Jahr stark

polarisiert. Die Beleidigungen und der blanke Hass, der in Diskussionen geäußert wird, beispielsweise im Netz, bei Demonstrationen oder auch im politischen Diskurs haben uns als katholische Jugendverbände schockiert. Aber auch Muslimfeindlichkeit, Homophobie oder der Kampf gegen die Gleichberechtigung der Geschlechter sind Themen der neuen rechten Bewegungen. Im Jahr 2015 wurden laut Verfassungsschutzbericht 21.993 rechtsextrem einzuordnende Delikte begangen. Das sind 30 Prozent mehr als 2014. Ein besonders hoher Anstieg wurde bei den Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte verzeichnet. 924 Taten im Jahr 2015, darunter etliche Brandstiftungen, sind ein dramatischer Anstieg im Vergleich zu den 199 Taten im Jahr 2014. Aber woher, fragt man sich, kommt dieser plötzliche Ausbruch von antidemokratischem Verhalten, die Fülle an rassistischem Gedankengut, das hohe Potential für Gewalt gegen das als fremd Empfundene? Die sogenannten "Mitte-Studien" der Universität Leipzig zeigen seit Jahren auf, dass es in Deutschland ein größer werdendes Potenzial an Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Mitte der deutschen Bevölkerung gibt. Hieraus erwächst das Potenzial, sich auch tatkräftig gegen Fremde, schwache Gruppen und "Normabweichende" zu wenden. Gerade im letzten Jahr ist es uns sehr deutlich vor Augen geführt worden: Egal ob in den USA, in Russland, bei unseren europäischen Nachbarinnen und Nachbarn und auch in Deutschland: Rechte Parolen und verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, von der Fremdenfeindlichkeit bis hin zum Sexismus sind wieder salonfähig geworden und zugleich werden viele andere Errungenschaften einer liberalen demokratischen Gesellschaft in Frage gestellt.

Aus dieser Gemengelage heraus haben sich die Bundeskonferenzen des BDKJ bereits im November 2015 entschieden, die Zeit vor den Bundestagswahlen 2017 zu nutzen, um sich zum einen mit dem Beschluss der Hauptversammlung 2016 "Wir widersprechen – weil wir glauben!" politisch zu positionieren und zugleich mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion deutlich zu machen: Aus unserem Glauben heraus wollen wir als junge Christinnen und Christen ein wirksames Zeichen gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit setzen und deutlich machen, dass wir für eine offene, integra-

Flüchtlinge Integration

tive und tolerante Gesellschaft eintreten. Dabei geht es auch darum, mit unseren Aktivitäten und unserer Ansprache diejenigen Menschen zu erreichen, die sich bislang nicht in unserem direkten kommunikativen Umfeld befinden. Das bedeutet nicht, den Dialog mit Rassistinnen und Rassistinnen zu führen, aber: Wir dürfen die Menschen, die Gefahr laufen, verführt zu werden, nicht verloren geben. Wir müssen immer wieder versuchen zu erklären, zu bilden und um der Demokratie willen um jeden und jede Einzelne kämpfen.

Zwei Phasen

Die Aktion "Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land" dauert insgesamt von September 2016 bis September 2017 und unterteilt sich in zwei Phasen:

Phase 1: "klug werden"

Von September 2016 bis März 2017 liegt der Fokus auf der Bildungsarbeit. Es finden Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt, die verschiedene Aspekte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufgreifen und die Sach- und Methodenkompetenz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer stärken. Diese sollen im Anschluss der Seminare selber als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ihr Wissen weitertragen, Seminare im Verband oder der Region anbieten können und Zukunftszeit-Aktionen durchführen. Zudem wurde eine Arbeitshilfe und eine informative Webseite entwickelt, die den Gruppen vor Ort nicht nur im Rahmen der Aktion, sondern auch darüber hinaus die Möglichkeit geben soll, Argumente gegen rechte Parolen sowie Tipps und Hintergrundinformationen für die Arbeit mit jungen Geflüchteten anwenden zu können.

Phase 2: "aktiv sein"

Im Vorfeld der Bundestagswahl, deren Ergebnis die bevorstehenden vier Jahre, die kommenden 35.000 Stunden, in Deutschland entscheidend prägen wird, wollen wir gemeinsam während des Aktionszeitraumes von März bis September 2017 insgesamt vier Jahre, also 35.000 Stunden unserer Zeit und unseres Engagements für ein buntes Land sammeln. So machen wir deutlich, was wir

uns für unser Land in den kommenden vier Regierungsjahren und darüber hinaus wünschen. Konkret heißt das: Kinder und Jugendliche engagieren sich deutschlandweit in ihren verbandlichen Gruppen durch eine Vielzahl von Aktionen für die Integration von Geflüchteten und/oder widersprechen durch konkrete Aktionen jeder Form von Menschenfeindlichkeit. Die Dauer jeder Aktion wird gezählt und summiert. Dabei zählt der Einsatz jeder einzelnen Teilnehmerin und jedes einzelnen Teilnehmers.

Das dezentrale Auftaktwochenende für die Phase des "Aktiv seins" der Aktion wird vom 17. bis 19. März 2017 stattfinden, anschließend sind die Jugendverbände des BDKJ und alle Menschen, die sich ihnen anschließen, aufgerufen, möglichst viele Aktionen vor Ort durchzuführen, die alle an ein gemeinsames Ziel appellieren: gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Integration und Weltoffenheit! Das kann der gemeinsame Kochabend mit jungen Geflüchteten ebenso sein wie ein Zeltlager, ein Jugendgottesdienst gegen Fremdenfeindlichkeit, ein Diskussionsabend zur politischen Situation in den Herkunftsländern. Der Kreativität der Gruppen vor Ort sind keine Grenzen gesetzt. Dazu werden auch Politikerinnen und Politiker, Bischöfe und Laien angesprochen, mit den Gruppen vor Ort ein katholisch, politisch, aktives Zeichen zu setzen. Mit einem finalen Aktionstag am 16. September 2017 in Berlin und weiteren bundesweit dezentralen Aktivitäten am selben Tag soll die sechsmonatige Aktionsphase enden.

Mit "Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land" knüpfen wir an das bereits zahlreich stattfindende Engagement in der Jugendverbandsarbeit vor Ort an und bündeln dieses Engagement, um ein positives Signal zu setzen: Als katholische Jugendverbände stehen wir aus unserer christlichen Haltung klar für die vielfältige, solidarische, offene und pluralistische Gesellschaft ein. Diese Haltung machen wir mit der Aktion selbst deutlich und laden dazu viele Menschen guten Willens ein, dies mit uns gemeinsam mit zu tun!

| Lisi Maier
BDKJ-Bundesvorsitzende

Flüchtlinge Engagement

Zum Engagement der Dresdnerinnen und Dresdner für Flüchtlinge

Bestandsaufnahme in einer Stadt voller
Herausforderungen

In den überregionalen Medien werden oft Begriffe wie Pegida, Islamfeindlichkeit oder Rassismus in einem Atemzug mit Dresden genannt. Selbst Konfirmanden aus Dresden sind beim Besuch einer süddeutschen Partnergemeinde kritischen Fragen ausgesetzt: "Was ist da los bei Euch in Dresden? Ist es da sicher?" Wie kann man antworten in diesen bewegten Zeiten? Oder ist so das wahre Bild von Dresden?

Ja, diese Stadt hat ein massives Imageproblem. Das zeigen deutlich bundesweite Schlagzeilen über fremdenfeindliche Übergriffe in und um Dresden, Pegida-Demonstrationen und Gewaltexzesse von Dresdner Hooligans kürzlich bei der Fußball-EM. Erschreckend ist jede einzelne Bedrohung, denen Menschen mit offensichtlich nicht hiesigen Wurzeln immer wieder ausgesetzt sind. Es treibt einem die Schamesröte ins Gesicht, wenn internationale Studierende von den zunehmenden rassistischen Anfeindungen in der Stadt berichten. Es macht sprachlos, wenn in öffentlichem – mitunter sogar kirchlichem – Raum hetzende Worte geäußert werden können.

Doch nein, diese Bilder spiegeln nur eine Seite dieser Stadt. Ihr gegenüber stehen viele Dresdner, die sich vorstellen können, dass unser Stadtbild etwas bunter wird (in Dresden leben wohl gemerkt lediglich 6,4 Prozent Ausländer). Das sind Dresdner, welche die derzeitige Veränderung nicht nur akzeptieren, sondern ein beeindruckendes Engagement in der Flüchtlingshilfe leben:

Nach einer Schätzung der sächsischen Landeshauptstadt engagierten sich Anfang des Jahres 2016 etwa 10.000 Menschen ehrenamtlich für Geflüchtete. Zunächst bei der Erstversorgung in den Zeltstädten, heute beispielsweise bei der schwierigen Wohnungs- und Arbeitssuche für

anerkannte Flüchtlinge. Gefragt nach der Motivation ist immer wieder zu hören: "Ich helfe ganz praktisch, das ist mein Weg. Ich muss nicht auf eine Gegendemo zu Pegida gehen". Ist es diese selbstverständliche Nachbarschaftshilfe, die außerhalb Dresdens ungehört bleibt?

Wachsendes Engagement aus Kirchgemeinden heraus

Besonders innerhalb der evangelischen und katholischen Kirchgemeinden ist dieses Engagement in den letzten Monaten stark angestiegen: Zunächst etwas verhalten, durch einige haupt- und ehrenamtliche Vordenker, entwickelten sich immer rasanter zahlreiche Hilfs- und Begegnungsangebote aus Kirchgemeinden heraus. Es ist beeindruckend zu erleben, was mittlerweile für Flüchtlinge getan wird. Obwohl es vielmehr heißen müsste, wie mit Flüchtlingen Wege einer gelingenden Nachbarschaft beschritten werden. Manchmal waren es Pfarrer und Gemeindepädagogen, die von Anfang an die Bedeutung dieses Themas in Predigten und Gemeindeguppen dargelegt und praktische Unterstützung aufgebaut haben. Manchmal waren es zunächst kleine Graswurzelinitiativen, die das Bewusstsein für die Thematik mit ausdauernder Beharrlichkeit zu Kirchenvorständen und kirchlichen Mitarbeitern transportiert haben. Manchmal waren es einzelne Gemeindeglieder, die eine Schnittstelle zu Stadtteilinitiativen bilden und damit als Multiplikatoren wirken. Und nicht zu vergessen sind besonders die Gemeinden, denen schon seit Jahren das Engagement für die vor Gewalt und Perspektivlosigkeit fliehenden Menschen ein Herzensanliegen ist. Die Formen dieses sozialen Engagements sind vielfältig und reichen von Alltagshilfen für die ankommenden Menschen in den ersten Monaten über Begegnungstreffs und Sprachangebote bis hin zur Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche. Auch zahlreiche Bildungsvorträge und Diskussionsrunden gehören hier dazu.

Gut vernetzt für die gute Sache

Häufig schließen sich Kirchgemeinden mit weiteren Akteuren zu Unterstützerkreisen und sogar stadtteilweit agierenden Initiativen zusammen. Knapp dreißig solche Willkommensbündnisse gibt es aktuell in Dresden. Oft entsteht dabei ein beeindruckendes und gut organisiertes

Flüchtlinge Engagement

Miteinander, das über manch persönliche Anschauungen hinwegzusehen versteht und zum Mitmachen einlädt. Eine Vielzahl dieser Dresdner Gemeindeinitiativen und Willkommensbündnisse wird vorgestellt unter:

<http://www.kirche-dresden.de/fluechtlingsarbeit> bzw.
http://www.bistum-dresden-meissen.de/con/front_content.php?idcat=1579&idart=25971

Daneben wirken und entstehen zahllose Projekte, wie das internationale Chorprojekt "Singasylum", Lauffreize oder Fahrradwerkstätten. Ein weiteres Beispiel für ein bereits seit mehreren Jahren bestehendes Engagement ist der Dresdner Gemeindedolmetscherdienst, über den zahlreiche Muttersprachler als ehrenamtliche Dolmetscher bei Behördengängen und Arztbesuchen unterstützen.

"Wir sind Dresden"...

...ist ein Projekt, das in sozialen Netzwerken einzelne Helfer und Initiativen zu Wort kommen lässt, ihre ganz persönliche Sicht auf das Leben in dieser Stadt schildern (Twitter: #wirsinddresden). Diese individuellen Berichte und Erfahrungen zeichnen ein vielschichtiges und ermutigendes Gesicht dieser Stadt. Denn persönlich, subjektiv und individuell sind die Geschichten der Begegnung, die Dresden prägen. In dem Engagement für unsere neuen Nachbarn werden auch Kirchgemeinden zum Türöffner – indem sie selbst nach außen treten und im Stadtteil sichtbar werden. Viele Fragende und Orientierungssuchende in unserer Gesellschaft sind allein durch das gelebte Vorbild der Gemeinschaft mit Asylsuchenden zum Nachdenken und Mittun angeregt worden. In dieser, auf den Nächsten ausgerichteten Unterstützung steckt ein wunderbares Potential: Wo ein friedliches Miteinander zwischen Einheimischen und Migranten gelebt wird, können Sorgen und Unsicherheiten vor "Überfremdung" gar nicht erst wachsen.

Bleibt festzuhalten: Der Alltagsrassismus in Dresden nahm im letzten Jahr zu, da gibt es nichts zu beschönigen. Zwar ist laut Schätzungen der studentischen Gruppe durchgezaehlt.org die Beteiligung an Pegida-Demonstrati-

onen im Vergleich zum Jahresende 2014 zurückgegangen, jedoch zeigt eine kürzlich herausgegebene Studie der TU Dresden, dass sich insbesondere die jüngeren verbleibenden Teilnehmer radikalieren.

Dennoch: Das Engagement vieler Dresdner für ein friedvolles und nachbarschaftliches Miteinander ist beeindruckend. Der Weg zu einer weltoffenen Stadt entsteht dabei ganz behutsam und in kleinen Schritten: Ganz selbstverständlich wirbt eine arabischsprachige Anzeige des Dresdner Schauspielhauses in der Straßenbahn um Mitwirkende bei einem internationalen Theaterprojekt. Ganz selbstverständlich begegnen sich Einheimische und Geflüchtete Woche für Woche in Kirchgemeinden. Ganz selbstverständlich finden Tagungen und Gespräche statt, die sich mit den Schwierigkeiten der Integration auseinandersetzen und um gute Lösungen für morgen ringen.

Es tut gut zu wissen, dass es dieses andere Bild von Dresden gibt. Ein Bild, das ebenfalls Alltag ist und viel zu selten in die überregionale Öffentlichkeit dringt.

| Michaela Schoffer

Ehrenamtskoordinatorin für kirchliche Flüchtlingshilfe, Ökumenisches Informationszentrum Dresden



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Leben retten!

Eine Mitmachaktion für Kinder und Jugendliche zum Thema Flucht

20.000 Kinder und Jugendliche haben mitgemacht und mehr als 4.000 Holzplanken gestaltet: "Leben retten!" lautet das Motto dieser Aktion, zu der das Kindermissionswerk 'Die Sternsinger' eingeladen hat. "Wir wollen, dass keine Kinder auf der Flucht sterben" ist der einheitliche Tenor der beeindruckend bunt, kreativ und vielfältig gestalteten Rettungsplanken. In Gemeinde- und Jugendgruppen, in Kinderchören, Kindergärten und in Schulen haben Kinder und Jugendliche zum Ausdruck gebracht, was sie zum Thema Flucht und Flüchtlinge bewegt.

Aus ihren Gedanken, Ideen, Forderungen, Gebeten und Solidaritätsbekundungen ist so ein großes symbolisches Rettungsboot entstanden, über 20 Meter lang und mehr als zehn Meter breit. Zu sehen war es erstmals beim Leipziger Katholikentag in der Haupthalle von Deutschlands größtem Bahnhof. Dort war es eine unübersehbare Wegmarke für Katholikentagsbesucher und Bahnreisende. Ungezählte Besucher haben sich die Zeit genommen, die auf Ständer montierten und als begehbare Ausstellung in Bootsform präsentierten Planken in ihren Details zu entdecken und darüber ins Gespräch zu kommen.

Mit einem Teil der gestalteten Planken haben Kinder und Jugendliche aus fünf teilnehmenden Gruppen am Weltflüchtlingstag 2016 ihre Forderungen an das Europäische Parlament in Brüssel übergeben: Wir wollen, dass keine Menschen auf der Flucht vor Krieg und Gewalt sterben!

Jeder Mensch ist ein Kind Gottes und hat das Recht zu leben! Wir dürfen ihre Not nicht mehr übersehen! Vielfalt statt Einfalt! Refugees welcome! Schau nicht weg! Flüchtlinge haben ein Recht auf Leben! Warum fliehen Menschen – Waffenexporte, Überfischung, Klimawandel; Europa, rette Leben! Jetzt! Gemeinsam!

Die große Beteiligung hat gezeigt, dass die Aktion Kindern und Jugendlichen angesichts der bedrängenden und Ohnmacht erweckenden Bilder von Flucht und Vertreibung eine altersgerechte Möglichkeit geboten hat, sich aktiv und kreativ mit der Situation von Flüchtlingen, den Fluchtursachen und den gegensätzlichen Reaktionen darauf in Europa auseinanderzusetzen. Die mitmenschliche Empathie der Kinder und Jugendlichen wird mit einem ethischen Grundmoment verbunden, das die Kernbotschaft der christlich-jüdischen Tradition aufgreift: die Gottes Ebenbildlichkeit jedes und jeder Einzelnen, unabhängig von Herkunft, Rasse, Religion oder Geschlecht und die sich daraus ableitende unantastbare Würde eines jeden Menschen. Zugleich ist dies die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in Europa, die in letzter Zeit auf erschreckende Weise in Frage gestellt wurde und wird. So zeugt die Aktion auch von zivilgesellschaftlichem Engagement und der Ausprägung einer klaren ethischen Grundposition: Leben retten!

Im Rahmen der Aktion "Leben retten!" haben sich alle, die mitgemacht haben, gegenseitig zum Einsatz für die menschlichen Grundrechte ermutigt. Kinder und Jugendliche konnten im Kontext der aktuellen gesellschaftlichen und globalen Entwicklungen ihre Stimme vernehmbar machen. Wer in den kommenden Monaten noch die Möglichkeit hat, die Ausstellung des Bootes an verschiedenen Stellen in Deutschland zu besuchen, wird beeindruckt sein, wie wach, engagiert und auf beeindruckende Weise klar und reflektiert Kinder und Jugendliche die so genannte Flüchtlingskrise wahrnehmen und sich zu ihr verhalten.

Weitere Infos: <http://lebenretten.sternsinger.org/>

Markus Offner

Grundsatzreferent im
Kindermissionswerk 'Die Sternsinger'
Mitglied im ZdK

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner